

## Bischof auf Jolo erschossen

Unmittelbar vor seiner Kathedrale wurde Anfang Februar der katholische Bischof von Jolo, Benjamin de Jesus, mit sechs Schüssen getötet. Eine unbeteiligte Frau kam durch die Schüsse ebenfalls ums Leben, fünf weitere Menschen wurden verletzt.

Der 56jährige Bischof hatte in der Vergangenheit mehrfach Entführungsdrohungen erhalten und ließ sich normalerweise auch von zwei Leibwächtern schützen, nicht jedoch am Tag des Attentats. Verschiedene Kirchenmänner riefen dazu auf, die Tat nicht mit weiterer Gewalt zu beantworten. Präsident Ramos versicherte alles zu tun, um die Mörder zu finden. Die zur Zeit stattfindenden Vorgespräche mit der "Moro Islamic Liberation Front" blieben von dem Vorfall unberührt. Bisher ist nicht klar, ob eine militante muslimische Gruppe oder kriminelle Täter für den Mord verantwortlich sind. Indes versprach der Gouverneur der Autonomen Muslimischen Region auf Mindanao (ARMN), Nur Misuari, seine Unterstützung bei der Ergreifung der Täter.

vgl. dpa 4.2.97, rtr 4.5, 6.2.97

## Armutsbekämpfung hinter Wachstum

Massive Kritik an den Regierungsprogrammen zur Armutsbekämpfung übte Leonor Briones von der *Freedom from Debt Coalition*, die auch die Umsetzung der Beschlüsse des Weltsozialgipfels überwacht. Der Regierung warf Briones, angesichts eines um 5,48 Prozent gestiegenen Bruttoinlandsprodukts, Halbherzigkeit im Kampf gegen die Armut vor. Die Armen des Landes hätten daraus keinen Gewinn ziehen können.

Auch Manilas Erzbischof, Jaime Kardinal Sin, kritisierte die Sozialpolitik, denn man sehe nun die Kehrseite des asiatischen Wirtschaftswunders.

Die deregulierten Ölpreise hätten die Preise anderer Produkte in die Höhe schnellen lassen, auch die Privatisierung der Wasserversorgung habe sich für die Verbraucher nicht bezahlt gemacht, monierte das *Philippine Rural Development Movement* (PRDM) in einem Bericht.

vgl. ADN 30.1.97

## Friedensgespräche Regierung-NDF

Nach einwöchigen vertraulichen Gesprächen zwischen einer Regierungsdelegation und NDF-Vertretern Anfang Februar in Utrecht, kündigte Präsident Fidel Ramos eine offizielle Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen im März an. Ramos hofft, man werde bis Ende Juni zu einer Einigung kommen. Die Gespräche waren im November letzten Jahres von der NDF unterbrochen worden, als der Guerillaführer Danilao Borjal, ein Mitglied des Verhandlungsteams, verhaftet wurde. Man habe in Utrecht die Modalitäten seiner Freilassung festgelegt, erklärte Ramos.

Nach dem Friedensabkommen mit der größten muslimischen Befreiungsbewegung MNLF im vergangenen September, finden nun Vorgespräche mit der MILF (*Moro Islamic Liberation Front*) statt, während die militante "Abu Sayyaf"-Gruppe alle Gespräche mit der Regierung ablehnt.

vgl. Rtr 4.2., 9.2.97, AFP 9.2.97, dpa 9.2.97

## Philippinischer "Tiger" bekommt Zähne

Eine Wachstumsrate von 6,8 Prozent, das ist mehr als die der südostasiatischen Nachbarstaaten, verzeichnete die philippinische Wirtschaft im vergangenen Jahr, während die Inflation auf 8,4 Prozent zurückging. Experten gehen von einem anhaltenden Boom aus. Sie beziehen sich auf die jetzt vorliegenden Jahresergebnisse der großen Unternehmen wie San Miguel Corp., Petron Corp. Öl oder Ayala Corp., deren Gewinne von 1996 alle Erwartungen übertrafen.

Immer mehr internationale Konzerne wählen Manila als Standort für ihre Hauptzentralen in Südostasien, wie etwa *United Parcel of America*. Manila scheint auch von der Abwanderung aus Hongkong stärker zu profitieren als Singapur.

Investoren aus Europa sind nach dem Urteil eines Mitarbeiters der Europäischen Handelskammer in Manila noch zurückhaltend.

vgl. dpa 6.2.97

## UN-Ausschuß besorgt über Migrantenrechte

Als "besonders akut" bewertete der UN-Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) die Situation der über sechs Millionen im Ausland arbeitenden Filipinos, von denen über die Hälfte Frauen sind.

Zu diesem Ergebnis kam der Ausschuß nach der Auswertung von Berichten aus acht Ländern, darunter die Philippinen, St. Vincent und die Grenadinen, Slowenien, die Türkei und Marokko. Bereits in einem früheren Bericht hatte CEDAW die philippinische Regierung aufgefordert, eine zentrale Dienststelle einzurichten, die sich mit dem Problem von Prostitution und sexueller Ausbeutung im Ausland beschäftigt. Auch bessere Arbeitsmöglichkeiten im Heimatland seien dringend notwendig.

vgl. ADN 31.1.1997

## Immer mehr Todesfälle durch Masern

Besorgniserregend zugenommen hat die Zahl der Masernfälle bereits im ersten Monat dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr. Allein im Januar wurden 1048 Fälle gezählt, 47 sind in diesem Jahr an der Krankheit gestorben, im Vorjahr waren es zwischen Januar und März 824 Masern-, und 44 Todesfälle. Besonders viele Infizierte leben in den Slums der Hauptstadt Manila, dort sei der Erfolg von Impfkampagnen nicht garantiert, das Risiko einer rapiden Verbreitung der Krankheit auch aufgrund von Unterernährung besonders hoch, so ein Arzt des staatlichen San-Lazaro-Krankenhauses. Die Gesundheitsministerin lehnte es ab, von einer Epidemie zu sprechen. Virus und Opfer seien ja bekannt, die geplante Impfkampagne könne nicht fehlschlagen, kommentierte sie die Zahlen.

vgl. ADN 12.2.97

## Ramos, Mao und die Börse

Eine chinesische Gepflogenheit aus der Zeit Maos adaptierte Präsident Ramos: Er stieg vor Journalisten in den Swimmingpool seines Amtssitzes und schwamm sechs Bahnen mit kräftigen Zügen, nachdem er Anfang Februar bei der Arbeit zusammengebrochen war. Ramos wollte damit nicht nur seine gute

Gesundheit unter Beweis stellen, sondern vor allem den unruhigen Puls der Börse kurieren, der nach seinem Kollaps um 19 Punkte gefallen war. Ende Dezember war Ramos eine Verdickung in seiner Nackenvene operativ entfernt worden.

vgl. rtr 12.2.97



Nimmt Ramos ein neues Rennen auf?

aus: FEER v. 27.2.1997, S. 13

- Anzeige -

philippinen  
forum

## Die Philippinen-Zeitschrift

Nachrichten, Berichte, Hintergründe zu Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und den europäisch-philippinischen Beziehungen.

Schwerpunktt Themen:

- Juli '95: Islam
- Sept. '95: Philippinische Kultur
- Dez. '95: Vor 50 Jahren
- April 96: Zehn Jahre EDSA
- Aug. '96: Migration
- Dez.: '96: Kinder

Einzelheft vor 1996 DM 6,- (plus Porto)  
 Einzelheft DM 8,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-  
 (incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-  
 Erscheint dreimal im Jahr

# philippinenbüro

Bullmannau 11, 45327 Essen  
 Tel.: 0201-8303828 Fax 0201-8303830

## Todesurteil wegen Kindesmißbrauchs

Nur die Begnadigung durch den Präsidenten kann einen wegen Vergewaltigung seiner Stieftochter verurteilten Mann davor bewahren, als erster seit Wiedereinführung der Todesstrafe hingerichtet zu werden, nachdem der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt hat. Eine Begnadigung wird jedoch für unwahrscheinlich gehalten, weil der Präsident sich an die Spitze einer Kampagne gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern gestellt hat.

vgl. AP 7.2.97

## Manöver mit USA abgesagt

Abgesagt haben die Philippinen und die Vereinigten Staaten die für dieses Jahr geplanten gemeinsamen Manöver, wie General Arnolfo Acedera bekanntgab. Der philippinische Kongreß müsse in einem Hearing zuerst erklären, wie seine Politik gegenüber Verbrechen künftig aussehen soll, die von ausländischen Soldaten in den Philippinen begangen werden. Es gibt Pläne, die philippinische Rechtsprechung auch auf ausländische Soldaten auszuweiten. Auch Militärübungen mit Singapur, Malaysia und Großbritannien sind vorerst eingestellt.

vgl. rtr, 11.2.97

## Initiative für Verfassungsänderung zugunsten zweiter Amtszeit von Ramos

Für eine Verfassungsänderung per Plebiszit, die eine zweite sechsjährige Amtszeit des Präsidenten ermöglichen soll, setzt sich die *People's Initiative for Reform, Modernization and Action* (PIRMA) ein. Damit ein solcher Volksentscheid in die Wege geleitet wird, muß die Gruppe Unterschriften von mindestens 12 Prozent der Wähler vorweisen können. Carmen Pedrosa, die Präsidentin von PIRMA sagte, das philippinische Volk müsse nun sicherstellen, daß Ramos' Programm demokratischer Wirtschaftsreformen fortgeführt werde.

Einige Menschenrechtsorganisationen sowie religiöse Gruppen haben eine Koalition gegen die Verfassungsänderung gebildet, die, so einer ihrer Sprecher, "gleichbedeutend mit dem Todesurteil für die Demokratie" wäre.

Der Präsident hat bislang an seiner Position festgehalten, sich nicht um eine weitere Amtszeit zu bewerben und hat sich gegen eine Änderung der Verfassung ausgesprochen. Die Mitglieder der Regierungspartei Lakas-NUCD sind gehalten, sich in dieser Frage nicht öffentlich zu äußern. Der politische Berater des Präsidenten, Gabriel Claudio, kritisierte aber auch diejenigen,

die den Präsidenten gedrängt hätten, als Erster auf der Liste gegen die Verfassungsänderung zu unterzeichnen.

In einer schriftlichen Stellungnahme äußerte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei (CPP), Armando Liwanag, der Name gilt als Pseudonym ihres Gründers José Maria Sison, die Vermutung, Ramos werde auf eine weitere Kandidatur verzichten um durch einen von ihm geförderten Nachfolger den Einfluß des Militärs in der Regierung weiterhin zu stärken.

Als Präsidentschaftskandidaten empfahlen sich indes Anfang des Jahres der jetzige Finanzminister Roberto de Ocampo und Verteidigungsminister Renato de Villa. Beide werden in der Geschäftswelt, aber auch in politischen Kreisen wegen ihrer hervorragenden Amtsführung geschätzt. De Ocampo sagte, er werde nur kandidieren, wenn Ramos ihn unterstütze. Als sein Motto nannte er "gute Wirtschaftspolitik ist gute Politik". Stabschef de Villa ließ wissen, er werde von der Ayala-Gruppe unterstützt. Als weiterer Kandidat empfahl sich Parlamentssprecher José de Venecia, ein Freund des Präsidenten.

vgl. Philippinen aktuell 1/91, HuriNet 9.1.97

## Korruptionsgesetz verschärft

Die Kompetenzen des philippinischen Gerichts zur Korruptionsbekämpfung, des sogenannten Sandiganbayan, sind ausgeweitet worden. Nun können höhere Beamte auch dann angeklagt werden, wenn sie nicht Hauptbeteiligte eines Korruptionsfalls sind, wenn sie zum Beispiel geholfen haben, ein solches Vergehen zu decken. Um die Arbeit des "Sandiganbayan" effektiver zu machen, werden Beamte, die unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegen, künftig vor normalen Gerichten angeklagt.

Rund 48 Milliarden Dollar haben die Philippinen in den letzten zwanzig Jahren durch Korruption verloren, so wird geschätzt.

vgl. rtr 5.2.97

## Zusicherungen für Filipinos in Hongkong

Auch nach der Übernahme Hongkongs durch China werde die Administration sich um das Wohlergehen der dort arbeitenden Filipinos sorgen. Diese Zusicherung erhielt der philippinische Kongreßabgeordnete José de Venecia vom designierten Administrator Hongkongs, Tung Chee-Hwa.

Die 140.000 philippinischen Arbeitsmigranten in Hongkong bilden dort die größte Gruppe von Ausländern. Viele von ihnen fürchten einen politischen Wechsel nach der Übernahme durch China im Juli und außerdem verstärkte Konkurrenz, falls mehr Chinesen aus der Volksrepublik in Hongkong arbeiten dürften, erläuterte Ramos Bultron von der asiatisch-pazifischen Mission für philippinische Arbeitsmigranten.

vgl. rtr, 10.2.97